

Film zum Massaker von Marikana: Bitter enttäuscht

von Martina Backes

Der Film »Miners shot down« fordert Solidarität mit den Opfern des Marikana-Massakers.

Als »Wendepunkt in der Geschichte des demokratischen Südafrika« bezeichnet der Soziologe Peter Alexander das Massaker von Marikana im August 2012, bei dem 34 Bergleute erschossen wurden. Mit ihrem Film »Miners Shot Down« rekonstruieren Rehad Desai und Zivia Desai Keiper die Ereignisse. Sie verweisen auf die Verstrickungen von Rassismus, Apartheid und globaler kapitalistischer Ausbeutung bis in die Gegenwart.

Nach monatelangen erneuten Streiks hat die Bergarbeiter-Gewerkschaft AMCU im vergangenen Juni den Arbeitskampf in Südafrikas Platinbergwerken für beendet erklärt. Mehr als 70.000 Arbeiter hatten sich am längsten und teuersten Streik in der Geschichte des Landes beteiligt. Begonnen hatte er bereits zwei Jahre zuvor. Trauriger Höhepunkt war das Massaker von Marikana am 16. August 2012, mit dem der Protest der Bergarbeiter in Rustenburg, der größten Platinmine Südafrikas, brutal niedergeschlagen werden sollte. 34 Arbeiter wurden von der Polizei in einer Hetzjagd ermordet.

Wenige Tage nach dem Massaker rief Präsident Jacob Zuma die Marikana Commission of Inquiry ins Leben, die nach ihrem Leiter, dem ehemaligen Verfassungsrichter Ian Farlam, auch Farlam-Kommission genannt wird. Sie soll Hintergründe und Umstände des Massakers aufklären. Ein Abschlussbericht war für Februar 2014 vorgesehen, wurde aber angesichts der Parlamentswahlen im Mai auf Ende Oktober verschoben. Mitte November erklärte die Kommission nach den letzten Anhörungen, im März 2015 einen Abschlussbericht liefern zu wollen. Längst wurde jede Hoffnung der Bergarbeiter auf Aufklärung des Massakers und Entschädigung für die Hinterbliebenen der Ermordeten bitter enttäuscht.

Erinnerung an das, was geschah

In seinem Dokumentarfilm »Miners shot down« rekonstruiert Rehad Desai die Ereignisse auf den Hügeln von Marikana im August 2012. »Ein großer Teil des Rohmaterials war Beweismaterial der Farlam-Kommission und kam von der Polizei sowie dem Bergwerkbetreiber Lonmin«, erzählt Zivia Desai Keiper, Koproduzentin des Films. »Zudem kam Al Jazeera auf uns zu und sagte, sie hätten Material, das zeigen würde, was bei dem Massaker geschah. Sie haben uns das Material einfach überlassen.« Tatsächlich ist der Film weitgehend aus Videomaterial der Polizei und Dokumenten der Untersuchungskommission zusammengeschnitten. »Miners shot down« dokumentiert chronologisch Tag eins bis sechs des Bergarbeiterstreiks im südafrikanischen Rustenburg, angefangen von dem Tag, an dem die Bergarbeiter der Platinmine des Unternehmens Lonmin ihre Arbeit niederlegten, um für höhere Löhne zu streiken, bis zu jenem Tag, als die Polizei eine tödliche Hetzjagd auf die Streikenden eröffnete.

Der Film, der im September in Köln auf dem Filmfestival »Jenseits von Europa« den Publikumspreis für den Dokumentarfilm gewann, hat in Südafrika die Erinnerung an Orte blutiger Verbrechen des Apartheidregimes wachgerufen: an Sharpeville und Soweto. Im Township Sharpeville waren am 21. März 1960 bei Protesten gegen die diskriminierenden Passgesetze 69 Menschen erschossen worden. Es kam landesweit zu Demonstrationen, in der Folge wurden 18.000 Personen verhaftet. »Miners shot down« war ausgerechnet am zwanzigsten Jahrestag der Beendigung der Apartheid auf südafrikanischen Kinoleinwänden zu sehen. Erinnerungen an die blutigsten Verbrechen kehrten zurück ins kollektive Bewusstsein der Bevölkerung und veranlassten zu Vergleichen zwischen der Apartheid und dem Marikana-Massaker.

»Kaum, dass die Bergleute die Arbeit niedergelegt hatten und sagten, genug ist genug, konnten wir zusehen, wie die Regierung mit dem Kapital gemeinsame Sache machte und ihre eigene Bevölkerung zusammenschlug«, kommentiert Bheki Buthelezi. Der Aktivist und Basisgewerkschafter aus dem Township Umlazi bei Durban hat vor einem Jahr die Gedenkveranstaltung für die Angehörigen der Opfer organisiert und die Marikana Support Campaign ins Leben gerufen, eine Solidaritätskampagne für die Bergarbeiter und die Hinterbliebenen. Von der Farlam-Kommission erwartet Buthelezi keine echte Aufklärung und Gerechtigkeit: »Die Bergarbeiter wurden mehr als zehn Tage verhört, die Minister nur ein oder zwei Tage. Wollte man die Verhörprotokolle einsehen, bekam man dafür nur eine Stunde Zeit. Diese fehlende Fairness lässt uns an der Kommission zweifeln.«

Auch Nomarussia Bonase, Aktivistin der Khulumani Support Group¹, kritisiert die Untersuchungskommission scharf: »Die Witwen der erschossenen Bergarbeiter wurden in der Kommission immer wieder mit den Videos konfrontiert, auf denen die Erschießung ihrer Ehemänner zu sehen ist. Unter diesen Bedingungen ist keine Zeugenaussage möglich. Der Schmerz verhinderte dies. Die Frauen hatten keinen Raum zu sprechen.« Khulumani organisierte daraufhin Kunstworkshops für die Frauen der Opfer. Durch eine kreative therapeutische Methode und den Prozess des Malens teilten sie sich mit und sprachen über ihre traumatischen Erfahrungen. (Anm.2) Erst danach konnten die Frauen ihre Stimme erheben, sie formulierten gemeinsam eine Eingabe für die letzte Sitzungsrunde der Kommission und forderten Entschädigung.

Doch zuversichtlich ist auch Bonase nicht. Die Kommission hat nur empfehlenden Charakter, eine Entschädigung ohne den Rechtsweg zu gehen hält sie für ausgeschlossen. Und, so Bonase: »Lonmin, das Unternehmen, hat ebenfalls keinerlei Unterstützung für die Hinterbliebenen der Opfer vorgesehen. Ihr einziges Angebot war, die Frauen der getöteten Arbeiter in ihrer Mine zu beschäftigen. Manche akzeptieren das angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und Armut. Doch das bedeutet: Weiterhin mit dem Schmerz leben. Im gleichen Stollen zu arbeiten, in dem dein Mann gearbeitet hat, der im Streik erschossen wurde, das tut weh. Doch manche sagen, ihnen bleibt keine andere Wahl.«

Diese bittere Realität will Aktivist Bheki Buthelezi nicht hinnehmen: »Deshalb sagen wir, dass wir weiter mobilisieren müssen, selbst wenn die Untersuchungskommission zu einem Ende kommt. Es müssen Strafanzeigen gegen alle involvierten Polizisten erhoben werden.« Mit der Kommission sei die Bevölkerung ruhig gehalten worden. Bheutelezi kritisiert die Verzögerungstaktik der Verantwortlichen: »Nach den Wahlen wurde Paragraph 1.5 der Satzung der Kommission entfernt. Damit ist nun festgelegt, dass die Kommission kein Mitglied des Kabinetts verurteilen kann.« Spätestens seit dieser Änderung ist das Interesse der Regierung an einer Aufklärung nicht glaubwürdig.

Gewerkschaftler schießen auf Streikende

Seit Jahren beklagen Basisbewegungen in Südafrika die zunehmende staatliche Repression gegen soziales Aufbegehren. Marikana war der Höhepunkt des Vorgehens der Polizei. 270 Bergarbeiter wurden wegen Mordes an ihren Kollegen angeklagt. Zwar wurden die Anklagen auf öffentlichen Druck wieder fallengelassen, »doch es laufen weiterhin Klagen wegen Mordes gegen einige Leute wie gegen Bheki, weil die Regierung Angst vor ihrer Arbeit an der Basis hat. Die Anklage ist ein Weg, sie einschüchtern zu wollen«, berichtet Keiper.

Die staatliche Kontrolle machte sich auch während des Streiks in den Medien bemerkbar. »Nur drei Prozent der gesamten Berichterstattung bezog sich auf Aussagen von Minenarbeitern, die selber betroffen waren«, so Bhutelezi. »Zudem wurden die streikenden Bergleute von den Medien als Rowdys porträtiert, als randalierende Wilde mit Speeren und Macheten.« »Miners Shot down« hinterfragt dieses Bild und die Version der Medien vom Konfliktverlauf und wertet Interviews, Polizeiaufnahmen und Gesprächsprotokolle aus. »Anhand des Nachrichtenmaterials lässt sich nachvollziehen, wie die Sendeanstalten die internationale Gemeinschaft in die Irre führten und die Sicht auf die Geschehnisse beeinflusst haben: Sie zeigten ausschließlich Filmmaterial, in dem man sieht, wie die Polizei auf dem Rückzug ist – geradeso, als ob die streikenden Bergleute die Polizei zurückgedrängt hätten«, kritisiert Bhutelezi.

Der Dokumentarfilm erzählt eine andere Geschichte. Mit Stacheldraht, Tränengas, Wasserwerfern und Gummigeschossen wurden die rund 3.000 Streikenden in die Enge getrieben. Die Polizei schoss, als eine Gruppe Arbeiter auf sie zulief. Dann kam es zu einer Hetzjagd. Einige der Opfer wurden laut forensischer Untersuchung gezielt und aus kurzer Distanz niedergeschossen.

Zudem war der Streik nicht, wie oft dargestellt, die Idee weniger radikaler Aufrührer. Die Belegschaften verständigten sich in den Monaten vor der Zuspitzung des Konfliktes darauf, einen Lohn von 12.500 Rand im Monat zu fordern. Dabei handelte es sich um das Ergebnis langfristiger Diskussionen. Sie erfolgten an der Vertretung der NUM, der National Union of Mineworkers, vorbei. Denn diese zeigte wenig Interesse, die Verhältnisse in der Mine zu verbessern oder für eine effektive Vertretung der Belegschaft zu sorgen. Als grausames Symbol dafür steht die in den Interviews immer wieder berichtete Szene vom 11. August 2012, als die Streikenden zum Gewerkschaftsbüro ziehen, um zu bitten, die NUM möge sie gegenüber dem Unternehmen vertreten, nachdem dieses direkte Verhandlungen verweigert hatte. Die Menge wurde von den Gewerkschaftsfunktionären mit Gewehrschüssen empfangen und floh.

Dem Streit vorausgegangen war ein erbitterter Machtkampf zwischen der NUM und der Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU). Die AMCU ist seit 2001 als Gewerkschaft registriert und hatte sich von der NUM abgespalten. Sie ist im Gegensatz zur NUM kein Mitglied des Dachverbands südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU), der in einer Dreiparteien-Allianz mit dem ANC und der South African Communist Party (SACP) an der Regierung Südafrikas beteiligt ist.

»In den 1980er Jahren war die NUM eine der entscheidenden Organisationen für den Widerstand gegen das Apartheidregime. Von ihrem Gründer, Cyril Ramaphosa, fühlten sich die Bergarbeiter in Marikana verraten«, erzählt Butelezi. Ramaphosa, inzwischen Vizepräsident des Landes, war ab 1982 Generalsekretär der NUM. Im größten Streik der Bergarbeiter 1987 war Ramaphosa Streikführer. 1990 wurde er zum Verhandlungsführer gegenüber der Apartheidregierung bestimmt. »Damals war er für alle ein Held«, sagt Butelezi. Umso größer war die Enttäuschung. Die brutale Erschießung der Kumpels löste landesweit einen Aufschrei aus. Nach dem Marikana-Massaker traten laut der Zeitschrift Amenda! über 100.000 Arbeiter aus der NUM aus, während AMCU großen Zulauf hatte und ein Jahr später 110.000 Mitglieder zählte. Andere Gewerkschaften kündigten das Bündnis mit COSATU ebenfalls auf – das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika verändert. (Anm.3)

»Bislang hat die South African Broadcasting Company, eine öffentliche Fernsehanstalt, alle möglichen Entschuldigungen vorgebracht, um unseren Film nicht auszustrahlen«, berichtet Produzentin Keiper. »Das trifft auch auf den Sender ITV zu, dessen Inhaber ein guter Kollege von Cyril Ramaphosa ist. ITV brachte alle möglichen Gründe an, warum es für ein ganzes Jahr keinen Sendeplatz gäbe.« Ramaphosa ist einer der Hauptprotagonisten im Film. Im August 2012 stand er im Zentrum eines Schriftwechsels zwischen dem Lonmin-Management und der Regierung, in dem harte Maßnahmen gegen die Streikenden gefordert wurden. Wie es soweit kommen konnte, dass ein ehemaliger Gewerkschafter gegen die Interessen der Bergleute handelte, erklärt Butelezi so: »Die Apartheidregierung hat ihre Welt rund um die Minen errichtet. Daher war es auch für die neue Regierung sehr bedeutend, die mitregierenden Gewerkschaften wie die NUM an sich zu binden. Und das taten sie, indem sie Gewerkschaftlern die Teilhabe am Minengeschäft anbot – durch Black Economic Empowerment.« Ramaphosa, bis Anfang 2013 Mitglied im Aufsichtsrat von Lonmin, hat davon profitiert.

Business as usual im neuen Südafrika

Nelson Mandela hatte bei seinem Amtsantritt 1994 eine Umverteilung des Besitzes versprochen, der jedoch noch heute zu 80 Prozent in weißer Hand liegt. Die politische Macht der Arbeiterschaft, meint Butelezi, sei schon mit dem ersten Dokument untergraben worden, das Mandelas Regierung 1995 unterzeichnete: »Mit Paragraph 198 wurde im Arbeitsgesetz den Arbeitgebern erlaubt, die Arbeitskräfte über Dritte zu rekrutieren.« Tatsächlich haben viele Bergleute Verträge mit Leiharbeitsfirmen, was Arbeitskämpfe sehr erschwert (siehe iz3w 333).

Der Lohn eines Schürfers bei Lonmin betrug bislang rund 5.000 Rand im Monat (etwa 350 Euro). Vereinbart wurde im Juni 2014 schließlich eine Lohnerhöhung von 1.000 Rand für die unterste Tarifgruppe in den kommenden zwei Jahren. Im dritten Jahr soll der Lohn um weitere 950 Rand aufgestockt werden. Das ist kaum mehr als die Hälfte des ursprünglich von den Bergleuten geforderten Einstiegslohns von 12.500 Rand. Mbuyiseni Ndlozi von den Economic Freedom Fighters kommentiert dies empört: »Lonmin behauptete, dass das Unternehmen kein Geld habe, um ihren Minenarbeitern den Mindestlohn von 12.500 Rand zu zahlen, während sie Milliarden Rand in Steueroasen überwiesen.« In der Tat hat Lonmin insgesamt 2,4 Milliarden Rand (175 Millionen Euro) an eine Filiale auf den Bermudas transferiert, was KritikerInnen als Steuerhinterziehung werten. Laut Lonmin sollten die Geldtransfers bereits 2007 gestoppt werden – sie wurden jedoch erst 2012 eingestellt, dem Jahr, in dem die Bergarbeiter höhere Löhne forderten.

»Dass die Bergbauindustrie und andere Branchen die ArbeiterInnen ausbeuten, ist ein Kontinuum seit der Apartheidära und heute deshalb möglich, weil es für die damalige Ausbeutung keine Entschädigung und keine Rechtsprechung gab«, meint

Bonase. »Hätte es damals eine Wiedergutmachung gegeben, dann glaube ich, wäre es in dieser jungen Demokratie nicht zu diesem Massaker gekommen.« In die Farlam-Kommission hat sie wenig Vertrauen.

Rehad und Zivia Desais Vater hat für die Opfer des Sharpeville-Massakers von 1960 gekämpft. Er war daran beteiligt, den Fall vor den Vereinten Nationen vorzutragen. Mit Erfolg: Die UN haben Sharpeville als »Verbrechen gegen die Menschheit« bezeichnet. »So wiederholt sich die Geschichte«, meint Buthelezi, »die Kinder, deren Vater für die Opfer des Massakers der Apartheidregierung gekämpft hat, kämpfen nun im demokratischen Südafrika für die gleiche Sache.« Buthelezi weiß, dass der Rechtsweg dauern kann. Er ist dennoch entschlossen: »Die Zukunft für die Bergleute ist aussichtslos, wenn wir nicht aufbegehren.«

Trailer, DVD und Infos zur Marikana Support Campaign unter www.minersshotdown.co.za

Anmerkungen

Anm.1: Die Khulumani Support Group wurde 1995 von Frauen ins Leben gerufen, die Überlebende von Menschenrechtsverletzungen der Apartheid sind. Khulumani setzte sich insbesondere für diejenigen Opfer ein, die nicht von der damaligen Wahrheits- und Versöhnungskommission gehört wurden und dennoch Anspruch auf Gerechtigkeit und Wiedergutmachung geltend machen wollten. Genau darin sieht Khulumani mit ihren über 85.000 Mitgliedern ihre jetzige Rolle bei der Aufarbeitung des Marikana-Massakers. So hat Khulumani es geschafft, dass Hinterbliebene der ermordeten Bergarbeiter an Sitzungen der Untersuchungskommission teilnehmen konnten.

Anm. 2 Siehe: »Wir werden uns Gehör verschaffen!« Die Witwen von Marikana kämpfen für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Broschüre der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika KASA, Heidelberg 2014

Anm. 3 Siehe Melanie Müller: Südafrika in Bewegung. In Peripherie 134/135, Jg. 2014, S. 326-333

Martina Backes ist Mitarbeiterin im iz3w.